

Analyse der Koalitionsverträge zu interner und externer

Schulevaluation Stand Mai 2015 (kursive Schrift: Zitate aus den Verträgen)

1 Bayern

2008 bis 2013 (CSU und FDP):

„Sicherung der Qualität durch Evaluation

Wir werden die Qualität der bayerischen Bildung durch interne und externe Evaluation sowie länderübergreifende Vergleiche sichern.“

ab 2014 CSU Alleinregierung

2 BaWü

2011 bis 2016 (Grüne und SPD):

Unterrichtsausfall soll verringert werden, Aussagen zur Qualität des Unterrichts gibt es keine.

„Alle freien Schulen sollen zudem durch innere und externe Evaluation im Rahmen ihres pädagogischen Konzepts in die Pflicht zur Offenlegung und Transparenz mit einbezogen werden.“

3 Brandenburg

2005 bis 2009 (SPD und CDU):

Einmal jährlich findet mit jeder Schule eine Qualitätsberatung durch die Schulaufsicht statt, in der mit der Schule über ihren Leistungsstand gesprochen und Maßnahmen der Verbesserung verabredet werden. Im Zeitraum von fünf Jahren werden alle Schulen von einem Team mehrerer Visitatoren besucht, die über mehrere Tage die Schule auf Qualitätskriterien hin überprüft. (Visitationssystem)

2009 bis 2014 (SPD und Linke):

Das System der Schulvisitation wird fortgesetzt und qualifiziert. Die Schulämter werden einer Aufgabenkritik und Evaluation unterzogen, die der Vorbereitung einer Reform der Schulämter dient.

2014 bis 2019 (SPD und Linke):

Keine Aussagen zu Unterrichts- und Schulqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation

Analyse Koaverträge zur Schulevaluation

4 Berlin

2011 bis 2016 (SPD und CDU):

„Unterrichtsausfall verhindern – Lehrermangel stoppen“

Keine Aussagen zu Unterrichtsqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation

5 Bremen

2011 bis 2015 (SPD und Grüne)

„Der Unterricht muss die Kinder fördern und an ihre Leistungsgrenzen heranführen. Mit der bremischen Schulreform wollen wir ein anregendes Lernklima in den Schulen schaffen und die Unterrichtsqualität verbessern. Durch eine gezielte Unterrichtsentwicklung und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler sollen die Lernergebnisse deutlich gesteigert werden, um ihnen die Voraussetzung für einen möglichst hochwertigen Abschluss zu geben.

Jede Schule soll ein Qualitätsmanagement einführen. Die Schülerinnen und Schüler sollen regelmäßig die Qualität des Unterrichts und das Schulklima bewerten.“

6 Hamburg

2011 bis 2015 (SPD):

„Jetzt kommt es darauf an, diese Schulangebote zu verbessern, indem wir die Qualität des Unterrichts in Hamburg steigern. Dazu müssen wir die Zahl der Ganztagschulen massiv erhöhen, im Bereich der Grundschulen und der Stadtteilschulen. Wir werden mit einer Qualitätsoffensive den Unterricht und die Bildungsangebote an allen Schulen verbessern. Die Leistungen der Hamburger Schulen sollen in jedem nationalen und internationalen Vergleich bestehen können. Mit Hilfe einer Schulinspektion und regelmäßigen Lernstandsuntersuchungen werden wir die Qualität aller Schulen sorgfältig überprüfen, den Austausch fördern und Unterstützungsmaßnahmen zielgenau einsetzen. Wir werden die Ergebnisse der Schulinspektion in geeigneter Form veröffentlichen.“

2015 bis 2019 (SPD – Grüne)

„Es werden überprüfbare Qualitätsziele für Schulen eingeführt. Dazu zählen auch aussagekräftige und verständliche Lehrpläne mit klaren Kompetenzziele und Unterrichtsinhalten.

In den Bereichen, in denen die Entscheidungskompetenz in die Schulen verlagert wurde, ist mit einem verbesserten Controlling die Ergebnisverantwortung zu stärken.“

7 Hessen

2009 bis 2014 (CDU und FDP):

*„Als Grundlage für den Weg in die Selbstständigkeit werden wir Voraussetzungen und Ziele definieren. Die selbstständig arbeitenden **Schulen** müssen die Qualität ihrer Arbeit überprüfen lassen. Deswegen werden wir interne und externe Systeme zur Qualitätssicherung weiterentwickeln.“*

*„Die **staatlichen Schulämter** werden vermehrt zu Einrichtungen der Schulaufsicht und zu Servicestellen für Verwaltungsaufgaben umgebaut. Ihre Eingriffsmöglichkeiten auf die Schulen werden vermindert; darüber hinaus werden sie – ebenso wie die Schulen – einer regelmäßigen Evaluation unterzogen.“*

2014 bis 2019 (CDU und Grüne):

„Unter Gewährleistung einer unabhängigen Qualitätsentwicklung wollen wir die Ausgestaltung der Schulinspektion überarbeiten und weiterentwickeln.“

(Aussage steht im Kontext des Umbaus der Schulverwaltung, nicht im Kontext von Qualität von Unterricht)

8 Mecklenburg Vorpommern

2011 bis 2016 (SPD und CDU):

Keine Aussagen zu Unterrichts- und Schulqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation

9 Niedersachsen

2008 bis 2013 (CDU und FDP):

Keine Aussagen zu Unterrichts- und Schulqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation

2013 bis 2018 (SPD und Grüne):

„Die rot-grüne Koalition wird die Weiterentwicklung der Schulinspektion fortsetzen und eine Inspektion aller Schulen sicherstellen.“

10 Nordrhein-Westfalen

2012 bis 2017 (SPD und Grüne):

„Die Qualität des Lernens steht weiterhin im Zentrum schulischer Arbeit.“

„Neue Anforderungen an das Bildungswesen bedingen neue Wege und Ausrichtungen auch im Unterstützungssystem. Nordrhein-Westfalen braucht daher ein Landesinstitut für Bildung.“

...

„Eine Kernaufgabe des Instituts bleibt die systematische Qualitätsentwicklung und Unterstützung der Schulen, u. a. im Zusammenhang mit der Lernplanentwicklung, Standardisierung und Fortbildung. Das steigert die Professionalität.“

„SPD und GRÜNE werden die Qualitätsanalyse neu ausbalancieren. Sie soll zielgerichteter werden und den für die Schulen zu leistenden Aufwand reduzieren. Wir werden die Selbstevaluation von Schulen unter Einbeziehung von Eltern, Lehrkräften und Schülerschaft in Balance zur Qualitätsanalyse stärken. Das Land bleibt weiter dafür verantwortlich, Bildungsstandards vorzugeben und zu überprüfen.“

11 Rheinland-Pfalz

2011 bis 2016 (SPD und Grüne)

Keine Aussagen zu Unterrichts- und Schulqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation

12 Saarland

2009 bis 2012 (CDU, FDP, Grüne - vorzeitig Neuwahlen):

„Der Qualitätssicherung an Schulen wird weiterhin ein hoher Stellenwert beigemessen. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Qualitätssicherung an saarländischen Schulen werden weitergeführt. Die jetzige **Struktur der systematischen externen Evaluation** soll gefestigt, mit Zielvereinbarungen insbesondere bezüglich Fortbildungskonzepten verknüpft und durch eine **interne Evaluation der Schulen** systematisch ergänzt werden.

Alle allgemeinbildenden Schulen sollen bis zum Jahr 2013 erstmals evaluiert worden sein. Auch wird das Saarland weiterhin an länderübergreifenden und internationalen Schulleistungsuntersuchungen teilnehmen.“

2012 bis 2017 (CDU und SPD):

„Unser Ziel ist es, an allen Schulen ein verlässliches Unterrichtsangebot zu schaffen und die Lehrerfeuerwehr weiter auszubauen. ...“

Der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in Schulen kommt weiterhin eine herausragende Bedeutung zu. Ziele sind die konsequente Weiterentwicklung von Unterricht und Schule in allen Schulformen auf der Grundlage verbindlicher Standards sowie eine ergebnisorientierte Evaluation der schulischen Arbeit, wie z.B. durch Schulleistungsuntersuchungen, die externe Zertifizierung der beruflichen Schulen sowie **die externe Evaluation der allgemeinbildenden Schulen**. Die Landesregierung wird darüber hinaus prüfen, ob die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung im vorschulischen und schulischen Bereich durch eine Änderung des Mitbestimmungsgesetzes unterstützt werden kann.“

13 Sachsen

2009 bis 2014 (CDU und SPD):

Keine Aussagen zu Unterrichtsqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation

2014 bis 2019 (CDU und SPD):

„Sachsen stellt sich dem Wettbewerb im Bildungsbereich. Wir setzen uns deshalb für die weitere Teilnahme Deutschlands an internationalen Vergleichstests zur Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme ein. Zudem wollen wir Vergleiche weiterhin ländergenau durchführen und auswerten.“

Keine Aussagen zu Unterrichtsqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation

14 Sachsen-Anhalt

2011 bis 2016 (CDU und SPD):

„Vor dem Hintergrund der zunehmenden inhaltlichen und organisatorischen Eigenverantwortung der Schulen auf der einen Seite und neu entwickelter Instrumente zur Wahrnehmung der staatlichen Aufsichtspflicht durch externe Evaluation auf der anderen Seite müssen Aufgaben und Organisation der Schulaufsicht neu bestimmt werden.“

15 Schleswig-Holstein

2005 bis 2010 (CDU, SPD) 16. Legislaturperiode:

„Auf der Grundlage der Bildungsstandards werden interne und externe Evaluationen durchgeführt, deren Ergebnisse - gegebenenfalls adjustiert - im Rahmen von Schulportraits im Internet veröffentlicht werden. Dazu gehören vor allem regelmäßige Lernstandsuntersuchungen einschließlich Vergleichsarbeiten in den Klassenstufen 3 bzw. 4, 6 und 8 bzw. 9. Ziel ist der Aufbau einer fachlich unabhängigen Qualitätsagentur im norddeutschen Verbund. Der Schul-TÜV (EVIT) wird unter Einbeziehung der Leistungsvergleiche fortgeführt und weiterentwickelt.“

2009 bis 2012 (CDU, FDP) 17. Legislaturperiode:

„Künftig setzen wir auf pädagogische Eigenverantwortung und auf ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Politik und Schulen. Deshalb werden wir den bürokratischen Schul-TÜV („EVIT“) genauso abschaffen wie Regelungen, die in der Vergangenheit gute Pädagogik durch Papierberge ersetzt haben.“

2012 bis 2017 (SPD, Grüne und Wählerverband SSW) 18. Legislaturperiode (nach vorzeitigen Neuwahlen):

„Wir werden die kommenden Jahre für eine Verbesserung der Unterrichtsqualität, eine bessere Unterrichtsversorgung und eine Modernisierung der Lehrerbildung nutzen, die durch sinkende Schülerzahlen finanziell ermöglicht werden.“
„Noch 2012 werden wir ein Maßnahmenpaket vorlegen, um dem Unterrichtsausfall zu minimieren.“

Keine Aussagen zu Unterrichts- und Schulqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation

16 Thüringen

2009 bis 2014 (CDU und SPD):

Die Koalitionspartner setzen sich für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen über nationale Bildungsstandards und deren Umsetzung in den Schulen ein.

2014 bis 2019 (Linke, SDP und Grüne):

Keine Aussagen zu Unterrichts- und Schulqualität bzw. interner oder externer Schulevaluation